

Es besteht zwar eine Strömung in Indien, die alle Kollegien verstaatlichen möchte. Aber bisher hat man sich nicht an das Experiment herangewagt, weil man deutlich fühlt, daß die private Initiative nicht ausgeschaltet und der Erziehungswerte, die vor allem die christlichen Kollegien beibringen, nicht entbehrt werden kann. Dennoch sucht die Regierung den religiösen Grundcharakter der Kollegien möglichst zu schwächen, nicht zuletzt auch um die Hindu-Universität in Benares und die mohammedanischen Universitäten daran zu hindern, allzu artikuliert ihre Weltanschauung gegenüber der Konstruktion des religiös neutralen Staates hervortreten zu lassen. Das mohammedanische Kolleg in Madras hat man aus diesem Grunde tatsächlich verstaatlicht. Hier und da bot man auch katholischen Kollegien die Ehre an, sich unmittelbar in eine Universität aufnehmen zu lassen. Man wußte katholischerseits nur zu gut, was damit beabsichtigt war, und winkte ab.

Begreiflicherweise taucht hin und wieder der Gedanke auf, eine unabhängige Katholische Universität für das ganze Land zu gründen. Aber die Durchführung des Gedankens ist unmöglich. Die Regierung würde nicht dazu die Erlaubnis geben, und wenn sie es täte, würde sie die Stellung eines enormen Garantiefonds verlangen, der die Fortführung der Hochschule, auch wenn man sie aus irgendwelchen Gründen wieder aufgeben wollte, für eine Reihe von Jahren sicherstellte. An der Zentraluniversität müßten zudem große Internate für die meist armen katholischen Studenten aus dem ganzen Lande errichtet werden, die sonst die regionalen Kollegien als Externe besuchen. Da ferner die katholischen Studenten recht verschiedenen rassischen und sozialen Gruppen angehören, müßte man für jede dieser Gruppe besondere Küchen einrichten, da sie auf ihre heimatlichen Sitten nicht verzichten wollen.

Entscheidend sind aber die inneren Gründe gegen die Schaffung einer Katholischen Universität. Die Hindus und Moslimen würden eine solche Hochschule nicht besuchen können und wollen. Damit wären die katholischen Studenten (und auch die dort studierenden zukünftigen Priester) des Kontakts mit der riesigen Mehrheit ihres großen Landes beraubt. Die Ausstrahlung katholischer Prinzipien (z. B. der heute so wichtigen katholischen Soziallehre) in den nichtchristlichen Raum wäre ernstlich gefährdet. Es ist auch sehr fraglich, ob die protestantischen und schismatischen Christen einen Zug zu einer solchen Universität hätten. Im Lande selbst würde die Hochschule Gegenstand dauernder Kritik und diskriminierender Presseartikel sein. Ihr Studienprogramm müßte sich in Inhalt und Methode derart von jenen der anderen Universitäten abheben, daß die Besucher der Hochschule praktisch eine ganz andere Vorbildung erhielten als ihre Kommilitonen draußen im Lande. Das würde in ihnen das Gefühl geistiger Isolierung verstärken, und es brauchte nur eine Hetzkampagne einzusetzen, um ihnen nach Abschluß der Hochschulbildung die Möglichkeiten, eine geachtete Stellung im Beruf zu finden, aufs äußerste zu erschweren. Da also die Gründung einer Katholischen Universität in absehbarer Zukunft unmöglich erscheint, wird man die Heranbildung einer katholischen Elite an den Universitätskollegien mit aller Kraft weiter fördern müssen.

#### Bischof Dibelius über sein Amt

Eine Folge der letzten Generalsynode der EKD, die den Vertrag über die Militärseelsorge in der Bundesrepublik annahm (vgl. ds. Jhg., S. 320), war das Einreiseverbot für Bischof Dibelius in die Ostzone, das bis jetzt hartnäckig aufrechterhalten wird. Da D. Dibelius auch nicht am Kurmärkischen Kirchentag in Potsdam teilnehmen konnte, seinem alten Sprengel, aus dem ihn schon 1933 die Nationalsozialisten vertrieben, richtete er nunmehr einen offenen Brief an die Pfarrer und Mitarbeiter der Mark Brandenburg. Darin heißt es u. a.: „Diese Behinderungen seiner Amtsführung bedeuten — darüber werden sich die staatlichen Stellen klar sein — einen folgenschweren Eingriff in das Amt eines evangelischen Bischofs und damit in das innere Leben unserer Kirche überhaupt. Ich möchte darüber nicht viel Worte machen. Die Folgen, die sich ergeben, kann ich nicht aus der Welt schaffen. Aber dramatisieren will ich nichts!

Behinderungen des bischöflichen Amtes sind für unsere Generation nichts Ungewohntes mehr. Im nationalsozialistischen Staat haben wir sie genugsam erfahren. Immer haben sie sich weithin in die Gemeinden hinein ausgewirkt. Das Ergebnis ist am Ende jedesmal gewesen, daß die innere Kraft der Kirche dadurch gestärkt worden ist. Es wird diesmal nicht anders sein... Für einen Bischof gibt es im übrigen nur *eine* Antwort, wenn andere Leute etwas gegen ihn unternehmen. Diese Antwort steht in der Bergpredigt und heißt: ‚Bittet für die, die euch beleidigen und verfolgen!‘ Über solche Fürbitte habe ich ein wenig geschrieben. Es wird Ihnen zugehen. Es wird allen zur Verfügung stehen, die danach verlangen...“

#### Fragen an die Lutheraner

Nachdem die Herder-Korrespondenz im Juni (ds. Jhg., S. 443 ff.) das Studierendokument für die 3. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Minneapolis einer sehr kritischen Würdigung unterzogen hat, wird es unsere Leser, die ein positiveres Gespräch mit den Lutheranern wünschten, interessieren, daß ähnlich kritische Stimmen auch von anderer Seite vorliegen. Die „Lutherische Rundschau“, das Organ des Lutherischen Weltbundes, veröffentlicht in ihrem neuesten Heft (Juni 1957) u. a. eine von uns bereits erwähnte Arbeit von Thomas Sartory OSB, „Gedanken eines Katholiken zum Studierendokument“, die sich weitgehend mit den Fragen deckt, die die Herder-Korrespondenz zum Thema „Christus befreit und eint“ geäußert hat. Bemerkenswert für die Erkenntnis, welche Meinung man im Weltrat der Kirchen vom Luthertum hat, ist der Beitrag von J. Robert Nelson, Sekretär der Kommission „für Glaube und Kirchenverfassung“, seinem Bekenntnis nach amerikanischer Methodist. Unter dem Titel: „Wie wird die Vollversammlung der Einheit der Kirche dienen?“, richtet Nelson „vier Fragen eines Außenseiters“ an das Luthertum, die man auch in katholischen Kreisen mithören sollte, obwohl wir mit Nelson erklären möchten, daß wir ebensowenig von den innerlutherischen Trennungen haben wie der Weltrat und daß uns ebenso daran gelegen ist, wenn die Lutheraner sich dogmatisch festigen, damit sie überhaupt ernsthaft ansprechbar werden.

Die erste Frage Nelsons lautet: „Wird die Vollversammlung zu einer größeren Gemeinsamkeit in der lutherischen Anschauung von der Kircheneinheit gelangen?“ Er weist hier offenherzig darauf hin, daß „die Kirchen, die den Namen ‚lutherisch‘ für sich beanspruchen, keine einmütige Auffassung von der Einheit der Kirche besitzen“. Es gebe drei verschiedene Arten des Luthertums, die alle mit Augustana Artikel VII der Meinung sind, es sei für die wahre Einheit genug, in der Lehre des Evangeliums und in der Verwaltung der Sakramente übereinzustimmen. Aber sie haben drei verschiedene Meinungen, was das für die Beziehung zu anderen Kirchen bedeutet. Darum könnte das Thema „Christus befreit und eint“ dazu angetan sein, „die inneren Spaltungen des Luthertums zu verkleistern und die Rolle der Lutheraner im ökumenischen Gespräch zu überschätzen“. Besonders beanstandet es Nelson, daß man so häufig den Ausdruck „die lutherische Kirche“ gebrauche. Damit würden die bestehenden Trennungen verdunkelt. Es sei schon bedenklich, wenn die verschiedenen getrennten christlichen Gruppen sich als „Kirche“ bezeichnen. „Aber ist es nicht noch fragwürdiger für eine Konfessionsfamilie, die noch dazu unter tatsächlichen Trennungen innerhalb ihrer selbst leidet, als ‚eine Kirche‘ bezeichnet zu werden?“ Die Lutheraner betonten immer wieder gegenüber dem Weltrat der Kirchen, daß Kirchengemeinschaft und Abendmahlsgemeinschaft Übereinstimmung in der Lehre erfordere, aber sie seien nicht in der Lage, einmütig das Maß von Lehrübereinstimmung zu definieren. Gewisse Worte des Studiendokumentes „verraten, vielleicht unbeabsichtigt, ein Vertrauen in den lutherischen Wahrheitsanspruch, das für andere betrüblich ist“. Wie komme man dazu, zu behaupten, „die lutherische Kirche“ habe den besonderen Auftrag, dauernd auf das Zentrum hinzuweisen, auf Christus den Befreier? Warum sei dies ein besonderer Auftrag der lutherischen Kirche? Könnten das nicht andere auch? „Ist Christus etwa Lutheraner?“

#### *Spaltung ist doch Sünde!*

Die zweite Frage lautet: „Wird die Vollversammlung ernsthaft über den Sinn der Kirchenspaltung nachdenken, und werden die lutherischen Kirchen entsprechend ihrer Erkenntnisse von der Schwere der Spaltung zum Handeln bereit sein?“ Man könnte noch die skandinavischen Lutheraner verstehen, die von der Trennung der Christen nicht viel merken, wie etwa die Lutheraner in Deutschland oder Indien. Hier sei die lutherische Familie nur eine unter vielen. Aber dürfte man überhaupt von mehreren „Familien“ von Christen sprechen? „Ist der Haushalt Gottes eine Mietkaserne?“ Nelson greift den auch von uns beanstandeten Satz des Studiendokumentes heraus, wonach die Spaltungen verursacht worden seien dadurch, daß man neben Wort und Sakrament etwas Menschliches gesetzt habe. Aber die Lutheraner fragten nicht: „Bin ich es Herr? Bin ich es?“ Es sei in dem Studiendokument „eine hinreichend realistische und nüchterne Darstellung des Schismas“ zu vermissen. Warum man sich denn unter Lutheranern scheue, das Schisma nüchtern „eine bittere Frucht der Sünde“ zu nennen? Man habe sich schon in Evanston davor gescheut, aus Sorge, die Reformation könnte als sündig gebrandmarkt werden (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 48 u. S. 90). Man müsse mit Spannung darauf warten, ob die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes sich dieser Grundfrage annehmen werde.

Die dritte Frage lautet: „Wir warten auf einen Beweis dafür, daß die lutherischen Kirchen der Logik ihres Bekenntnisses über Kircheneinheit Raum geben, und zwar nicht nur untereinander, sondern auch in ihren Beziehungen zu den Kirchen anderer Bekenntnisse.“ Man könne heute nicht dabei stehenbleiben, die Trennungen als Zeugnis einer verborgenen Einheit zu betrachten. Als letztes fragt Nelson: „Werden die Gespräche in Minneapolis zu einer Entwicklung in der Theologie der Sakramente führen, die weiteres Entgegenkommen zwischen den verschiedenen Konfessionen erlaubt als bisher?“ Er verweist darauf, daß die neuen Abmachungen über eine beschränkte Interkommunion zwischen den lutherischen Kirchen von Finnland, Schweden, Dänemark und Norwegen einerseits und der Kirche von England sowie der Kirche von Schottland, auch zwischen der lutherischen und der reformierten Kirche in den Niederlanden ein Beweis für eine ökumenische Gesinnung sind, auch wenn sie nicht als typisch lutherisch anzusehen sei. Aber gerade diese Abmachungen sind von den deutschen Lutheranern mißbilligt worden. Es besteht angesichts einer lutherischen Politik der Sammlung des gesamten Luthertums auch ernste Veranlassung zu einer solchen Mißbilligung, weil sonst den Missouri-Lutheranern und den verschiedenen lutherischen Freikirchen, die dem Lutherischen Weltbund mangelnde Orthodoxie vorhalten, weitere Vorwände gegeben werden, dem Lutherischen Weltbund fernzubleiben. Hier wird Reverend Nelson wohl vergeblich warten, daß sich der Lutherische Weltbund zur Ökumene bekehrt und anerkennt, daß der Gastgeber des Abendmahls Jesus Christus, nicht aber eine Kirche mit beschränkter und keineswegs eindeutiger Abendmahlslehre sein kann.

Es kommt einem bei dieser Befragung der Lutheraner ein Wort Karl Barths in den Sinn, das neulich die „Zeitwende“ ohne Kommentar veröffentlicht hat, von der man sagt, sie stünde der Leitung des Deutschen Evangelischen Kirchentages nahe (Juni 1957, S. 404). Da erklärt Barth einem lutherischen Pastor in Dänemark: „Es geht mir immer auf die Nerven, daß in der lutherischen Theologie jede Auseinandersetzung und jede Überlegung mit der Frage endet: Was sagt Luther?“ Sobald man bei Luthers Auffassung angekommen sei, beginne das „Noli me tangere“, ganz gleich, ob die Ansichten des jungen Luther der Psalmenkommentare, des Reformators vor oder nach dem Bauernkrieg oder des alten Luther einander widersprechen; denn man könne bei Luther alles finden. Barth gibt daher den Lutheranern den Rat, sich zehn Jahre der WA, das heißt der Weimarer Lutherausgabe, und der CA, der Augsburger Konfession, zu enthalten und sich mehr dem Studium der Heiligen Schrift zuzuwenden. Gewiß, Barth sagt das sehr ironisch, und das ist schade. Aber er spricht aus, was viele Freunde der Lutheraner schmerzlich empfinden: daß nämlich das Luthertum festgefahren ist.

**United Church of Christ**

Mit diesem etwas anspruchsvollen Namen „Geeinte Kirche Christi“ schlossen sich Ende Juni in Cleveland, Ohio, zwei protestantische Denominationen verschiedener Herkunft zu einer Kirche zusammen: die über 1 Million Mitglieder zählende Familie der Kongregationalisten und die fast 1 Million zählenden „Evangelischen und Reformierten“,

zu denen übrigens auch Reinhold Niebuhr gehört. Seit längerem wurde über die Union verhandelt, die eigentlich Fusion ist. Denn trotz verschiedenen Ursprungs — die Kongregationalisten stammen von den englischen Independenten der Pilgerväter ab, die „Evangelischen und Reformierten“ von späteren deutschen Einwanderern, die den Heidelberger und den Lutherischen Katechismus mitbrachten — haben die Beteiligten keine wesentlichen dogmatischen Unterschiede gefunden, wohl aber hinderte das kongregationalistische Prinzip der lokalen Selbstverwaltung der Gemeinden den Zusammenschluß. Er mußte erst durch drei Instanzen amerikanischer Gerichte durchgepaukt werden, vor denen Opponenten einen Widerspruch zur besonders finanziellen Unabhängigkeit der Kongregationalisten geltend machten (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 307 u. 544). Nun ist der Zusammenschluß dennoch gelungen, wie der führende Theologe der Kongregationalisten, Douglas Horton, ein eifriger Vorkämpfer für Unionen im Weltrat der Kirchen (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., S. 499), in „Christian Century“ (12. 6. 57) triumphierend schrieb, und man erwartet davon

einen ähnlichen Aufschwung wie seinerzeit bei der Gründung der United Church of Canada (1925), bei der sich auch die Methodisten beteiligten. Zu der neuen amerikanischen Gründung werden vermutlich zunächst die rund 2 Millionen zählenden Disciples of Christ hinzustoßen. Schon jetzt ist die „United Church of Christ“ an die 7. Stelle der amerikanischen Denominationen gerückt. Für die Methode des Zusammenschlusses ist kennzeichnend, daß man umgekehrt verfährt, als es etwa in Deutschland geschehen würde. Die vereinigte Generalsynode beider Kirchen hat einen Ausschuß mit der Ausarbeitung einer gemeinsamen Verfassung und der Formulierung eines Glaubensbekenntnisses beauftragt, nachdem man sich einig war, daß man nun zusammen bleibt. Horton rechnet sich schon den wirtschaftlichen Aufschwung der gemeinsamen Zeitschrift und die besseren finanziellen Möglichkeiten der gemeinsamen Mission in Ghana und Südafrika aus. Vor allem erwartet man eine Befruchtung der Theologie durch die gegenseitige Berührung der theologischen Väter beider Gruppen.

## Die Stimme des Papstes

### Stand und Aufgaben der Europäischen Einigung

*Mitte Juni tagte in Rom der Europakongreß, dem 16 Nationen angehören, insbesondere die sechs Staaten der Montanunion. Sie waren in Rom auf Einladung des italienischen Rates der Europa-Bewegung zusammengekommen. Ungefähr tausend Kongreßteilnehmer wurden am 13. Juni vom Heiligen Vater in Audienz empfangen. Bei dieser Gelegenheit richtete der Heilige Vater an sie folgende Worte:*

Wir sind glücklich, meine Herren, Sie anläßlich des Europa-Kongresses, der sich auf Initiative des Italienischen Rates der Europäischen Bewegung versammelt hat, zu empfangen. Sie hatten den Wunsch, durch Ihre Arbeiten einen Beitrag zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den politischen Organisationen und Kräften zu leisten im Blick auf eine Errichtung der Einheit Europas ohne Verzögerung.

Sie wissen, wie angelegentlich Wir die Fortschritte der europäischen Idee und alle konkreten Bemühungen verfolgen, die darauf gerichtet sind, sie noch tiefer eindringen zu lassen in die Geister und je nach den aktuellen Möglichkeiten die Verwirklichung einzuleiten. Mag ihr Weg auch ein Wechsel von Erfolgen und Rückschlägen sein, so hat sie doch in diesen letzten Jahren viel an Boden gewonnen. Solange aber die europäische Idee sich nicht wirklich in gemeinsamen Institutionen verkörperte, die mit eigener Autorität ausgestattet und in einem gewissen Maße von den nationalen Regierungen unabhängig sind, handelte es sich zwar ohne Zweifel um ein sehr schönes, aber dennoch mehr oder minder unerreichbares Ideal.

Nun aber haben 1952 die Parlamente der sechs Länder Westeuropas die Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Montanunion, gebilligt, deren Ergebnisse sich gegenwärtig ermutigend auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene auswirken. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die auf militärischer

und politischer Ebene die Bemühungen zur Einheit verbürgen sollte, stieß hingegen auf lebhaftere Widerstände, die sie zum Scheitern brachten. Damals dachten viele, die früheren Hoffnungen, zur Einigung zu gelangen, würden lange Zeit bis zu ihrer Wiedergeburt brauchen. Auf jeden Fall war der Augenblick, das Problem einer übernationalen Gemeinschaft offen in ganzer Breite anzugehen, noch nicht gekommen, und man mußte sich neu auf die Formel der Westeuropäischen Union (WEU) einigen, die außer dem militärischen Beistand eine Förderung der Zusammenarbeit auf sozialem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet zur Aufgabe stellte. Aber solange sie nach dem Prinzip der Mehrheitsentscheidung im Ministerrat darin Beschränkungen von außen unterliegt und die Versammlung nicht in der Lage ist, ihren Willen durchzusetzen und die parlamentarische Kontrolle auszuüben, wird man sie nicht als tragfähiges Fundament für den Aufbau einer wahren Staatengemeinschaft betrachten können. Seit Frühjahr 1955 begann sich das, was man den zweiten europäischen Anlauf genannt hat, zu entwickeln, und es kam am 25. März 1957 zur Unterzeichnung der Verträge der Euratomgemeinschaft und des Gemeinsamen Europäischen Marktes. Mag diese neue Gemeinschaft auch auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt sein, so kann sie doch, gerade durch den Umfang dieses Aufgabengebietes selbst, zur Festigung des Bewußtseins der gemeinsamen Interessen zwischen den Mitgliedstaaten führen; zunächst allein auf materieller Ebene ganz gewiß, wenn aber der Erfolg den Erwartungen entspricht, wird sie sich in der Folge auch auf die Bereiche der mehr geistigen und moralischen Werte ausdehnen können.

Ihr Kongreß hat sich mit der zukünftigen Entwicklung befaßt und an erster Stelle den entscheidenden Punkt geprüft, von dem die Konstituierung einer „Gemeinschaft“ im eigentlichen Sinne abhängt; die Begründung